

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Annoncenpreis durch die Post exkl. Beleggeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seifner Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonrot 7503

Anzeigen: An Gebühren werden von Privat 40 Pfg. für die einseitige
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 30. Sonnabend, den 27. Juli 1918. 22. Jahrgang.

Zur Arbeitsvermittlung in der Steinindustrie.

Bisher lag es um die Arbeitsvermittlung in der Steinindustrie sehr im Argen. Aber unser Verband wird nun auch in Zukunft an dem Problem der Arbeitsvermittlung nicht mehr vorbeigehen, denn ab 1. September 1918 werden in einer Reihe von Zahlstellen Arbeitsvermittlungstellen eingerichtet. Die Arbeitsvermittlungstätigkeit hat in Deutschland einen großen Umfang angenommen. Diejenigen Arbeitsnachweise, die ihre Zahlen dem „Reichsarbeitsblatt“ zur Verfügung stellen, vermittelten:

im Jahre 1907	1 589 000 Stellen
1910	2 090 000
1914	2 895 454
1916	2 621 693

Man kann aus diesen Zahlen die Tatsache entnehmen, daß die Arbeitsvermittlungstätigkeit in Deutschland eine große Bedeutung erlangt hat, und noch sehr steigerungsfähig sein wird. Es ist ja ein neuzeitlicher Zug im modernen Wirtschaftsleben, daß reine Arbeiterwanderungen vor sich gehen. Im Jahre 1912 hat das königlich-sächsische Erzkönigreich über 18 000 Arbeiter aus andern Gebieten mehr erhalten, als wie abgegeben. In der Provinz Brandenburg wandern im Jahresdurchschnitt 100 000 Arbeiter zu, davon geht natürlich wieder ein großer Teil ab. Besonders anziehungsfähig sind die Industrie- und Bergbau-Provinzen Rheinland und Westfalen. Unter solchen Umständen haben naturgemäß auch die Gewerkschaften ein sehr großes Interesse daran, die Arbeitsvermittlung in geeignete Bahnen zu bringen. Die meisten deutschen Gewerkschaften sind schon lange dazu übergegangen, den Arbeitsnachweis selbst in die Hand zu nehmen. Doch kann es heute nicht unsere Aufgabe sein, darüber detaillierte Angaben zu machen.

In der Steinindustrie ging es beim Arbeitsnachweis bisher in der hundertbuntesten Weise zu. Die Arbeitssuchenden mußten mit ihrer Zeit direkt Verschwendung treiben. Besonders die Steinmetzen hatten immer noch die Gepflogenheit, das sogenannte „Zusprechen“ auf den einzelnen Werkplätzen aufrecht zu erhalten. Damit wurde eine immense Zeit verstreut, dabei waren die Steinmetzmeister über ein etwaiges Ueberangebot von Arbeitskräften stets im Bilde. Die Schleifer wiederum konnten ihre Arbeitsstellen nur sehr schlecht wechseln, denn was nützt dem Maschinen- und Schleifer die Wanderung, wenn er von vornherein nicht weiß, ob in dem aufzusuchenden Betriebe, welcher oft sehr weit abliegt, auch eine Maschine frei ist. Die Pflastersteinschleifer fuhrten mitunter in die weite Welt hinaus, denn sie hatten „läuten“ hören, daß da ober dort Pflastersteinschleifer gebraucht würden, als sie aber an Ort und Stelle kamen, mußten sie erfahren, daß es sich um ganz andre Gesteinsarten handelte, die sie bisher noch gar nicht bearbeitet hatten. Die Kollegen wissen, wie schwer es ist, sich von Granit auf ein anderes Gestein wiederum einzuarbeiten. Um diesen Mißständen etwas abzuhelfen, haben wir bisher im „Steinarbeiter“ auch Arbeitsangebote aufgenommen, welche den Kollegen sehr willkommen waren. Die Steinmetzen allerdings, konnten sich für eine solche Bekanntgabe nicht ermannen, denn ihnen fehlte noch das „Zusprechen“ in Fleisch und Blut. Aber heute haben es auch die Steinmetzen gründlich satt, sich auf dieses überlebte Zusprechen noch weiter zu halten.

Wurde ein Kollege in einer Zahlstelle arbeitslos, und es gab keine freie Stelle, dann war er führerlos und ratlos. Er hatte schließlich seine Familie am Orte, Arbeit konnte er aber nicht aufreiben. Der Kollege mußte in die Welt hinaus, ohne Licht- und Zielpunkt, seine erpärten Großen waren bald aufgebraucht, dabei war es ihm unter Umständen noch nicht einmal gelungen, Arbeitsgelegenheit im Beruf aufzutreiben. Ein Teil unserer Verbandskollegen kann ja darüber ein Liedchen singen. In andern Industriezweigen ist das Suchen nach einer Arbeitsstelle vielfach leichter, weil doch meistens mehr Betriebe an ein und demselben Orte in Frage kommen. Dadurch entsteht eine gewisse Regelung, aber in vielen Zahlstellen unseres Verbandes haben wir bloß einen Betrieb, und dann, wenn die Arbeitsgelegenheit schlecht wird, ist es außerordentlich schwer, sich neue Arbeitsgelegenheit verschaffen zu können. Also, diese Erscheinungen sind den Kollegen zur Genüge bekannt.

Die Verbandskonferenz, welche am 26. November 1917 in Leipzig stattfand, nahm zu dem Punkt: Arbeitsvermittlung, nachstehende Resolution an:

„Der Krieg hat der Steinindustrie durch Einziehung zum Heeresdienst große Arbeitermassen entzogen. Nach Eintritt des Friedens wird es große Schwierigkeiten machen, daß die aus dem Heere zurückgekehrten Kollegen gleich wieder in eine geordnete Beschäftigung hineingeführt werden können. Teilweise sind Betriebe vollständig eingegangen, weiter wird es Betriebe geben, die nach Kriegsende ohne genügende Aufträge sein werden. In dem Maße, wie die Steinindustrie nun weiterzweigelt liegt, besteht die Gefahr, daß sich besonders bei der Beschaffung von Brechern, Pflastersteinmachern, Steinmetzen, Schleifern, Schriftführern usw. große Schwierigkeiten ergeben. Dieselben treffen die Arbeiter besonders schwer, weil ihnen daran gelegen sein muß, aus Gründen der wirtschaftlichen Not sofort Beschäftigung zu erhalten.“

Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands schlägt deshalb dem deutschen Steinindustrieverband E. V. vor, daß die Unregelmäßigkeit im Arbeitsnachweis beseitigt wird und daß beide Verbände die Arbeitsvermittlung energisch zu fördern gedenken. Die Arbeitsvermittlung kann geschehen, indem unser Verband in den meisten Steinbruchdistrikten Arbeitsvermittlungstellen einrichtet, dieselben können aber vollauf nur dann gedeihen, wenn die Herren Unternehmer offene Arbeitsstellen dementsprechend zur Meldung bringen.

Wenn nicht unnötig viel Zeit, Geld und Arbeitskraft vergebend werden soll, dann muß die Arbeitsvermittlung von beiden Verbänden geregelt werden. Eine allgemeine Regelung der Arbeitsvermittlung durch Reichsgesetz scheint erwogen zu werden, ob aber die Steinindustrie davon groß profitieren würde, steht auch noch dahin; überdies ist eine schnelle Regelung dieser Frage erwünscht.

Am 18. Februar 1918 legten dem Deutschen Steinindustrieverband „einem Entwurf vor, welcher die Arbeitsvermittlung gemeinsam regeln sollte. In der Sitzung am 26. April, welche in Berlin stattfand, mußten unsere Vertreter leider hören, daß der genannte Verband an der Einführung der Arbeitsvermittlung kein Interesse hatte. Die Unterverbände des Deutschen Steinindustrieverbandes“ hatten nämlich berichtet, daß es in der Steinindustrie nach dem Kriege keine Arbeitslosen gäbe, mithin sei

auch das Bedürfnis nach einer solchen Vermittlung nicht vorhanden. Ferner fürchten die Herren Unternehmer, daß durch die Arbeitsvermittlungstellen im Falle eines schlechten Geschäftsganges, die besten Arbeitskräfte in andere Gebiete abgelenkt würden. Die Leitung des Verbandes war nicht zu bewegen, unseren Antrag stattzugeben. Sie machte auch nicht den geringsten Versuch, unseren Entwurf, wenn er ihr nicht passen sollte, etwa umgestalten zu wollen. Da wir aus traditionellen Gründen — mit einer Ablehnung durch den deutschen Steinindustrie-Verband rechnen mußten, hatten wir schon bei der Ueberlegung der Vorlage ausdrücklich bemerkt:

„Die Arbeitsvermittlung scheint auch im wohlwollendsten Interesse der Herren Unternehmer zu liegen. Wenn wider Erwarten der deutsche Steinindustrie-Verband auf die Arbeitsvermittlung nicht eingehen sollte, dann müßten wir als Arbeiterorganisation eben die Frage allein lösen. Aber ausdrücklich sei bemerkt, daß uns an einer gemeinsamen Lösung sehr viel gelegen ist.“

Unsere Vertreter in jener Sitzung waren ganz erstaunt, daß sich der Unternehmerverband, dem gestellten Antrage so ablehnend zeigte, denn in vielen andern Berufen arbeiten die Unternehmerverbände an der Lösung der Arbeitsnachweisfrage sehr intensiv mit. Dabei haben wir nicht etwa den Metallindustrie-Verband im Auge. Es bleibt somit dem Zentralverbande der Steinarbeiter Deutschlands nichts anderes übrig, als wie diese wichtige sozialpolitische Frage allein zu lösen. Die Kollegen im Reich sind diesen Schritt sicherlich freudig begrüßen, und in den Zahlstellen wird die kleine Mehrarbeit in der Verwaltung innerlich noch geleistet werden können. Die Tätigkeit der Arbeitsvermittlung beginnt ab 1. August dieses Jahres. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß die Unternehmerverbandsleitung nicht gerade am besten beraten war — daß unsere Vorlage abgelehnt wurde. Unsere Kollegen wissen ganz genau, daß unser Verband beim Vermitteln von Spezialarbeitern eine sehr gute Position einnehmen wird. Ein Teil der Herren Unternehmer wird sich unserer Arbeitsvermittlung bedienen, auch wenn die Werker Leitung dagegen opponieren sollte. Wenn auch schließlich durch Reichsgesetz der Arbeitsnachweis geregelt werden sollte, so ist immer noch die Frage offen, ob die Einrichtung den eigenartigen Verhältnissen der Steinindustrie entsprechen wird.

Im nachstehenden geben wir für die Zahlstellen die Bestimmungen bekannt, in welcher Weise wir die Arbeitsvermittlung zu regeln gedenken:

1. Je nach Bedarf wird der Verbandsvorstand Arbeitsvermittlungstellen einrichten. In Frage kommen zunächst die Heidschwer, das große Gebiet von Striegnitz nebst Umgebung, der Sandsteinsbezirk Niederschlesien, die Granitbezirke Sächsen, das Sandsteingebiet im Elbtal, die Granitbezirke des Fichtelgebirges, des bairischen Waldes, des Oden- und Schwarzwaldes, der Sandstein- und Muschelkalkbezirk im Maintal, die Pflastersteingebiete im Westerwald, der Basaltabbaugebiet Magden-Niedermendig, sowie die städtischen Zahlstellen im allgemeinen.
2. Dort, wo Arbeitsvermittlungstellen eingerichtet werden, sind die Zahlstellen verpflichtet, geeignete Kollegen mit den laufenden Arbeiten zu betrauen. In kleineren Zahlstellen kann diese Arbeit unter Umständen auch noch vom Vorsitzenden geleistet werden.
3. Den Herren Unternehmern ist jeweils bekannt zu geben, welcher Kollege die Arbeitsvermittlung führt. Unsere Verbandsmitglieder haben ebenfalls die Verpflichtung, den Arbeitsvermittlungstellen mitzuteilen, welche Firmen Arbeiterbedarf nötig haben.
4. Die Arbeits- und Wohnbedingungen müssen aus den Arbeitsangeboten klar hervorgehen, denn dadurch wird manche Enttäuschung erspart bleiben. Die Zuweisung von Arbeitern soll nur an solche Firmen vorgenommen werden, welche mit dem Verbandsmitglied in Tarifverhältnis stehen.
5. Die organisierten Steinarbeiter werden angewiesen, sich der Arbeitsvermittlung in weitestem Maße zu bedienen.
6. Kriegsverletzte Kollegen, sollen seitens der Arbeitsvermittlungstelle zuerst untergebracht werden. (Siehe darüber auch die näheren Bestimmungen über die Abmachungen mit dem Deutschen Steinindustrie-Verband vom 28. April 1918.)
7. Werden von einem Unternehmer bei der Einstellung etwa Kollegen zurückgewiesen, weil sich dieselben früher mißliebiger gemacht haben sollten, so hat die fernere Zuweisung an solche Firmen zu unterbleiben.
8. Können im Zahlstellen- oder Distriktsbereich die offenen Stellen nicht besetzt werden, so ist dem Verbandsvorstand, welcher eine zentrale Vermittlung einführt, sofort Meldung zu machen, damit ein dementsprechender Ausgleich geschaffen werden kann. Bei der Meldung ist aber darauf Bezug zu nehmen, ob die Arbeiter für nachstehende Gesteinsarten gebraucht werden: Basalt, Granit, Schiefer, Sandstein, Grauwade, Kalkstein, Marmor, Turf und Schiefer.
9. Die verwaltungstechnischen Einrichtungen zur Arbeitsvermittlung sollen praktisch sein und wenig Schreibarbeit erfordern. Die notwendigen Formulare liefert die Verbandsleitung kostenlos.
10. Um das Interesse für die Arbeitsvermittlung zu heben, sind die Ortsverwaltungen verpflichtet, über diese Einrichtung in den Versammlungen Bericht zu erstatten. Auch in den Versammlungsberichten des Verbandsorgans ist in gedrängter Weise darauf Bezug zu nehmen.
11. Die Arbeitsvermittlungstätigkeit erstreckt sich auf folgende Berufsgruppen: Hilfsarbeiter, Brecher, Steinmetzen, Schriftführer, Dreher, Schleifer, Polier, Grob- und Kleinplasterer, Steinmacher, Schotterschläger, Größelmacher sowie Kunststeinarbeiter.
12. Zahlstellen, welche wünschen, daß eine Arbeitsvermittlungstelle eingerichtet werden soll, haben einen dementsprechenden Antrag bei der Verbandsleitung zu stellen.

Vorläufig werden in folgenden Orten ab 1. September Arbeitsvermittlungstellen eingerichtet:

- Gaubezirk I: Berlin, Kottbus.
- II: Bamberg, Breslau, Demitz, Kamenz, Löbau, Mittelschleis, Striegnitz.
- III: Buda, Chemnitz, Dresden-Pirna, Erfurt, Leipzig, Meissen, Wurzen.
- IV: Bremen, Gommern, Hamburg, Hannover, Hasserode, Magdeburg, Osterwald.
- V: Bede, Düsseldorf, Eilen, Frankfurt a. M., Köln, Wippen, Zinnhain.
- VI: Freiburg, Heppenheim, Karlsruhe, Mannheim, Straßburg, Straßburg, Kappelrodt.
- VII: Augsburg, Flörs, Meppen, München, Schwarzenberg.
- VIII: Kirchheim, Nürnberg, Steinach, Stuttgart, Würzburg.

Baugewerbliches.

Ueber die Preissteigerungen im Baugewerbe hat der Mannheimer Stadtbaurat Perry in dem im Verlag von J. J. Arnold, Leipzig, erscheinenden „Profanbau“ Mitteilungen bekanntgegeben, die auch für unsere Leser von Interesse sind. Danach lassen sich die Preissteigerungen im Baugewerbe nur in wenigen Fällen durch die Absperrung vom Weltverkehr erklären: Bei den meisten Baustoffen handelt es sich um eine bloße Gewinnsucht, die die Preise in die Höhe trieb, weil die Militärverwaltung als Auftraggeberin auf den Plan trat. Die Preissteigerung im Baugewerbe hat eigentlich im Jahre 1917 ihre schwindende Höhe erreicht, und sie ist natürlich in den verschiedenen Bezirken meist verschieden. Bei den Erdarbeiten machte sich besonders der Mangel an Pferden geltend, so daß die Fuhrlöhne um 100 Prozent stiegen. Die Preise für Schalungen usw. erreichten eine Steigerung von 170 Proz., so daß die Preise für einfache Erdarbeiten durchschnittlich um 44 Proz. stiegen. Bei den Maurerarbeiten muß mit einer Steigerung für das Kubikmeter fertiges Mauerwerk von 84 Prozent gerechnet werden. Die Preissteigerung für Hintermauerungssteine betrug in einer süddeutschen Stadt 100 Proz., in einer norddeutschen 109 Proz., für Klinker 165 bzw. 87 Proz., für Zement 108 bzw. 142 Proz., für Schwarztafel 111 bzw. 63 Proz., für Weißtafel 72 bzw. 100 Proz., für Mauerwerk im Durchschnitt 100 Proz. Die Preise für Asphaltarbeiten sind um 200 Proz. gestiegen. Bei Betonarbeiten beträgt die Preissteigerung 103 Proz., für Betondecken mit Eiseneinlage, 97 Proz. für Fundamentbeton. Schmiedearbeiten sind um 175 Proz. gestiegen, da die Eisenpreise für solche Arbeiten allein um 210 Proz. gestiegen sind. Für Eisenträgerleistungen müssen ebenfalls 97 Proz. mehr gezahlt werden, während bei Steinhauerarbeiten nur mit 30 Proz. zu rechnen ist. Bei Zimmerarbeiten kommt die fabelhafte Steigerung der Holzpreise zum Ausdruck, wo für 1 Kubikmeter Bauholz bis 289 Proz. höhere Preise als früher gezahlt werden müssen. Da die Löhne nicht stark stiegen, so beträgt die Steigerung für angeliefertes vollstäniges Bauholz nur noch 113 Proz., wobei allerdings die Preise vom Sommer 1917 noch kaum berücksichtigt waren, so daß doch mit einer Steigerung von 150 Proz. zu rechnen ist. Für Eisenkonstruktionen beträgt die mittlere Preissteigerung 72 bis 82 Proz. Bei Dachdeckerarbeiten betragen die Preissteigerungen beim Schieferdach 40 Proz., beim Ziegel- und Pappdach 90 Proz. Bezüglich Bildhauer ist zu sagen, daß 1917 1 Meter Bildhauer in Eisen 58 Prozent mehr gegen 1 Meter Bildhauer in Kupfer früher kostete. Bei Spenglerarbeiten ist mit einer Preissteigerung von 70 Proz. zu rechnen. Die Bildhauer waren froh, wenn sie zu den alten Preisen Aufträge erhielten. Das ist das Los der Kunst. Verputzarbeiten sind um 115 Proz. im Preise gestiegen, Heizungsanlagen um 90 Proz., Gas- und Wasserleitungen um 200 bis 300 Proz., wobei durch das rasende Steigen der Materialpreise bedingt ist. Dasselbe gilt für die Glaserarbeiten, die um 113 Proz. gestiegen sind. Glas allein um 250 bis 263 Proz. Auf ähnlicher Höhe halten sich die Preissteigerungen für Schreinerarbeiten mit 185 bis 253 Prozent, durchschnittlich 200 Proz. Schlofferarbeiten stellen sich 118 Proz. teurer als früher. Malerarbeiten sind um 150 Prozent teurer, die Preissteigerungen für Lackarbeiten betrugen aber allein 320 Proz., Leinwandanstrich 60 Proz. Bei Platten- und Terrazzoarbeiten muß mit 42 Proz. gerechnet werden. Linoleumarbeiten 190 Proz., Tapezierarbeiten 109 Prozent, elektrische Einrichtungen 160 Proz. gerechnet werden. Baureinigung stellt sich um 40 Proz. teurer, weil Baumaterialien allein um 100 Proz. gestiegen sind. Bei Kanalarbeiten beträgt die Preissteigerung im Mittel 50 Proz., bei Abortanlagen 92 Proz., Hofherstellung 121 Proz., Mobiliar 110 Proz., Herd und Ofen 70 Proz. und für insgesamt Arbeiten 100 Prozent. Auch die Beleuchtung stellt sich um 75 Prozent teurer als früher. Ein Bau, der in Friedenszeiten 1 Million Mark gekostet hat, kostete 1917 fast 2 Millionen Mark. Das ist das Ergebnis der eingehenden Untersuchungen des Mannheimer Stadtbaurats. Demnach sind die Lohnhöhen im Baugewerbe im Preissteigerungen im Baugewerbe zurückgeblieben.

Auffällig ist, daß die Preise für Steinhauerarbeiten bloß um 30 Proz. in die Höhe gegangen sind. Dabei kommt ja für die Steinarbeiter am besten zum Ausdruck, wie schwer sie bei der Durchführung der Teuerungszulagen zu kämpfen haben. In der Steinindustrie fehlt unternehmerrseitig jeder Zusammenhang (die Pflastersteinerwerke und die Granitsteinerwerke ausgeschlossen), auf die Preisbildung einzuwirken. Immer müssen wir bei Lohnverhandlungen hören: Ja, die Konkurrenz in der Steinindustrie ist zu groß, die Preise werden gedrückt. Aber wir sehen nichts, daß die Herren eine großzügige Organisation ins Leben rufen würden, um den Kampf gegen die zulage treibenden wirtschaftlichen Schäden aufzunehmen. Bei den übrigen Gruppen des Baugewerbes sind die Preise enorm in die Höhe gegangen, in der Steinindustrie wird die Unterbietung weitergeführt, weil man damit rechnen, die Löhne doch drücken zu können. Bei den Verhandlungen über die neuen Teuerungszulagen ist dieses Argument den Herren Unternehmern mit Nachdruck vorzuhalten.

Wirtschaftliche Rundschau.

Jeder wirtschaftliche Aufstieg gipfelt in der Entwicklung zur Qualitätsarbeit. Dieses Ziel wird auch durch die gewerkschaftliche Bewegung bewußt und unbewußt bewirkt und gefördert, was am sinnfälligsten in dem Abstieg von Tarifgemeinschaften hervortritt. Mit der Festlegung von Arbeitszeiten und Arbeitslöhnen ist die Wirkung von Tarifverträgen keineswegs erschöpft, sie spielen in der Bekämpfung von Schmutz- und Schieberkonkurrenz und der Ausschaltung ungeeigneter Arbeitskräfte, insgesamt in der Hebung des Arbeitsniveaus. Das bedeutet ferner Festlegung der Grundlagen der Produktion und Sicherung der Rentabilität als Voraussetzung für eine gleichmäßige Betriebsführung bei hohem wirtschaftlichen und technischen Stand. Für den internationalen Wirtschaftsverkehr spielt die immer stärker durchgehende der Qualitätsarbeit eine sehr beträchtliche Rolle. Prof. Dr. Richard Ehrenberg wies kürzlich in der „Wirtschaftszeitung“ auf die Notwendigkeit hin, daß die Frage der Preisbestimmung im internationalen Verkehr bei überwiegender Qualitätsarbeit um ganz andere Gesichtspunkte erhält. „Soweit es nicht gehen sollte, daß wir künftig wesentlich teurer produzieren werden als bisher.“ Ist es der, wenn wir trotzdem das Schwergewicht unserer Auslandskonkurrenz, überhaupt unserer ganzen Produktion, noch weit mehr als bisher verlegen

... auf Heberbeitung in der Qualität der Leistungen. Ob wir durch in der Welt beliebt werden, muß dahingestellt bleiben. Es ist nicht unsere Aufgabe, durch Einschränkung unserer Kraft um Liebe im Ausland zu werden. Aber die Verdrängung der Unterbringung im Breite durch Heberbeitung in den Leistungen geht hervor aus unserer innersten Lebensprinzip. Die dadurch etwa erzeugte Verringerung von Reibungen mit anderen Völkern ist eine willkommene Nebenwirkung. Noch mehr gilt das von der mit Sicherheit zu erwartenden Mehrung unseres Ansehens und unseres Kultureinflusses im Ausland.

Die unter hohem Konkurrenzdruck arbeitende Erwerbswirtschaft mit ihren weiteren Ausführungen zwar außerordentlich geeignet, die Verwertung der Kultur- und Menschenkräfte für die Befriedigung der Bedürfnisse des Tages aufs höchste zu steigern, das Verhältnis der Leistungen zu den Kosten so günstig wie möglich zu gestalten und hierdurch das Höchstmögliche von Volkswohlstand zu schaffen. Aber andererseits führt dieses Spiel auch leicht zu kurzfristiger Raubwirtschaft. Da die Erwerbswirtschaft von Tag zu Tag leben und möglichst hohe Reinerträge bringen muß, beachtet und fördert sie alles, was den Reinertrag steigert, während alles, was nicht unmittelbar auf den Reinertrag wirkt, außerhalb ihres Gesichtskreises liegt, und während ferner alles, was den Reinertrag unmittelbar verringert, nach Kräften ausgeschaltet wird. Solche raubwirtschaftliche Heberbeitung des Erwerbsprinzips droht namentlich bei starkem Preisdruck. Geht die Betriebsrichtung dagegen von Anfang an vorzugsweise auf Steigerung der Qualität aller Leistungen, so gewährt dieses Prinzip allen produzierenden Kräften den weitesten Spielraum, ihre Sachliebe zu betätigen, ohne daß doch der Erwerbszweck ausgeblendet wird; er ist nur nicht mehr Hauptzweck oder gar alleiniger Zweck.

Prof. Ehrenberg verkennt indessen die Kräfte, die zur Qualitätsarbeit führen und drängen, sehr stark.

Die Kartelle wüten bereits für die Einschränkung der Preis Konkurrenz, wie er betont. Aber Kartelle sind, so meint er, in diesen Produktionszweigen nicht durchzuführen, die doch für eine berufsständische Organisation vollkommen geeignet sind, und außerdem nicht eben den Kartellen bis jetzt anscheinend ein Antrieb zur Lösung der zweiten Aufgabe, zur Entwicklung der Sachliebe. Den gleichen Mangel schreibt er den Gewerkschaften der Arbeiter zu, weil er den eben geschilderten Zusammenhang völlig übersehen. An anderen Stellen unseres wirtschaftlichen Lebens will er dagegen Organe für die Entwicklung der Sachliebe wahrnehmen, zum Teil auch bereits in Verbindung mit Berufsorganisationen. Hier denkt er an unser ganzes Fachschulwesen, von den Hochschulen herab bis zu den Fortbildungsschulen, an Materialprüfungsämter, an Vorträge zur Pflege der Arbeitsgemeinschaft, des Familien- und Heimatstoffs und noch vieles andere.

Alle diese Einrichtungen können, was auf der Hand liegt, ihre Bedeutung nur durch die bewußte Politik der Arbeiterorganisationen erlangen, die aus zwingenden Gründen die Entwicklung zur Qualitätsarbeit verlangt und nach sich zieht.

In den Erörterungen über den Zusammenschluß der Industrie wird zunächst an die traktatorische Entwicklung durch Fusionen oder an die Verbindung durch Kartelle gedacht. Weit über diese Formen des Zusammenhanges hinaus erfolgt der Konzentrationsprozeß noch auf mancherlei anderem Wege. Ein brauchbarer Gradmesser für den Umfang dieser Entwicklung ist die Häufung der Aufsichtsratsmandate. An der Hand des neuen Adreßbuches der Direktoren und Aufsichtsräte stellt die „Handelszeitung des Berliner Tageblatts“ fest, daß auch im Jahre 1917 die Tendenz zur Häufung der Aufsichtsratsmandate weiter fortgeschritten ist. An der Spitze der Aufsichtsratsmitglieder steht immer noch Geheimrat Kommerzienrat Dr. Louis Hagen in Köln, der jetzt 57 Aufsichtsratsposten gegen 55 im Vorjahre innehat. Karl Fürstenberg, der Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft, ist noch in 54 gegen 55 Aufsichtsräten vertreten. An dritter Stelle steht der Geschäftsinhaber der Discontogesellschaft, Dr. Georg Solmssen, mit 52 gegen 48 Aufsichtsratsmandaten. Dann folgt Dr. v. Schwebach, der Mitinhaber des Bankhauses S. Meißner, dessen Mandate von 42 auf 48 gestiegen sind. Hugo Simmes in Wülheim a. Rh. bestreitet jetzt 45 gegen 40 Aufsichtsratsposten und Freiherr von Oppenheim, Inhaber des Bankhauses Sal. Oppenheim jun. u. Co., hat 43 gegen 40 Aufsichtsratsstellen inne. Der Präsident der A. E. G., Walter Rathenau, hat 40 gegen 39 Aufsichtsratsposten zu verwalten. Bei dem Direktor der Deutschen Bank, Oskar Schüller, hat sich die Anzahl der Mandate von 33 auf 38 erhöht, während sie bei Kommerzienrat Peter Höpfer in Duisburg von 32 auf 30 zurückgegangen ist. Die gleiche Zahl der Aufsichtsratsstellen, nämlich 30, bestreitet der Direktor der Commerz- und Discontobank, Kurt Sobornheim. Jemlich erheblich angewachsen ist die Zahl der Mandate bei Dr. Sjalmar Späth, dem Direktor der Nationalbank, von 23 auf 38, bei Generalrat Eugen Landau von 22 auf 28 und bei dem Geheimen Kommerzienrat Georg Arnold in Dresden von 21 auf 28.

Hier kommt es nicht auf die Unternehmung an, ob und wie weit die Aufsichtsratsstellen in Händen sind, in den ihrer Aufsichtstätigkeit unterliegenden Gesellschaften eine wirkliche Kontrolle auszuüben, sondern lediglich auf die Feststellung, daß zahlreiche Aktienbetriebe, die nach außen hin ihre volle Selbständigkeit wahren, doch durch wirksame Verbindungen mit anderen Unternehmungen zusammenhängen, ohne daß dazu eine besondere Organisation erforderlich wird.

Ueber die Verbandsbildung, wie sie sich in der deutschen Zementindustrie in der letzten Zeit vollzogen hat, gibt der Geschäftsbericht des Rheinisch-Westfälischen Zementverbandes, G. m. b. H., Aufschluß. Er weist darauf hin, daß die Ende 1916 eingeleiteten Verhandlungen zur Aufnahme der bisher noch außerhalb des Verbandes stehenden Werke Anfang 1917 zum Erlöse führten. Mit Wirkung vom 1. März 1917 traten sieben Werke dem Verbande bei. Auch dem Norddeutschen Zementverband G. m. b. H. und der Süddeutschen Zementverkaufsstelle G. m. b. H. sowie der Verbandsvereinigung Rheinischer Hochofen- und Zementwerke gelang es, die letzten für sie noch in Betracht kommenden Unternehmen zu angeschlossen. Um die Einheit in der deutschen Zementindustrie vollständig zu machen, wurde Anfang 1917 der Deutsche Zementverband G. m. b. H. Berlin-Charlottenburg gegründet, dem außer der Eigenen 3 Werken der Rheinisch-Westfälische Zementverband sowie die 3 Kartellwerke 1 Portland-Zementfabrik Diederichs u. Sohn, Amöneburg bei Dreieich, 2 Bonner Bergwerks- und Hüttenwerke A. G., Oberhofen bei Bonn, 3 Portland-Zementfabrik Harjes u. Weber G. m. b. H., Kupferdreh, angehören. Damit ist der letzte Zusammenstoß mit unzureichender Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Zementbetriebe zur Beseitigung gekommen.

Auch der Zementhandel ist lebhaft bestritten, einen ergiebigen Zusammenhang herbeizuführen. Es waren bisher im wesentlichen drei Verbände, die die Interessen des Zementhandels wahrzunehmen suchten: der Verband der Vereinigten Kommerzienhändler Deutschlands, der Verband Rheinisch-Westfälischer Zementhändler und der Verband Süddeutscher Zementhändler. Diese Verbände haben vor kurzem unter dem Namen Deutscher Zementhändlerverband einen sich über ganz Deutschland erstreckenden Verband gegründet, der aber nicht Einzelfirmen, sondern nur Verbände umfaßt.

Berlin, 22. Juli 1918. Julius Kallies.

Fortschritte im Straßenbau.

Die im Laufe des Jahres 1918 durchgeführte Arbeit an öffentlichen Verkehrsarbeiten... Eine Karte des Bundeslandes für Straßenbauarbeiten berichtet von der im Laufe des Jahres 1918 durchgeführten Arbeit an öffentlichen Verkehrsarbeiten. Es waren bisher im wesentlichen drei Verbände, die die Interessen des Zementhandels wahrzunehmen suchten: der Verband der Vereinigten Kommerzienhändler Deutschlands, der Verband Rheinisch-Westfälischer Zementhändler und der Verband Süddeutscher Zementhändler. Diese Verbände haben vor kurzem unter dem Namen Deutscher Zementhändlerverband einen sich über ganz Deutschland erstreckenden Verband gegründet, der aber nicht Einzelfirmen, sondern nur Verbände umfaßt.

Selbst bei der Anlegung einer solchen Straße auf weichem Terrain schafft das Stahlgitterwerk einen vollkommenen festen Untergrund, der sich gleich von Anfang an so gut bewährt wie die alten Fundamente einer erstklassigen Straße. Dann die Armierung verteilt den Druck eines jeden Rades der Fahrzeuge auf eine verhältnismäßig große Fläche. Man verlegt das Stahlgitterwerk in der Regel 5 Zentimeter über der Unterfläche der Betondecke, deren Durchmesser je nach der durch den Verkehr gestellten Anforderung 15—18 Zentimeter betragen soll. Das Gitter der englischen Gesellschaft besteht aus drei Teilen Hartgestein nach der Ausfertigung durch 17 x 40 Millimeter Maschinen, 1 1/2 Teilen Sand und 1 Teil Zement. Um Beschädigungen durch den Verkehr mit ganz schweren Fahrzeugen zu vermeiden, belegt man die Betondecke mit einer ganz dünnen Schicht Teer und sehr feinem Granitkies; man braucht diese Behandlung bloß alle zwei bis drei Jahre zu wiederholen.

Vorstehende Darstellung scheint eine Uebertreibung nicht zu sein. Es ist sehr wohl möglich, daß ein Teil der erstklassigen Straßen mit einer armierten Betondecke belegt wird. Aber es braucht uns deshalb noch nicht bange zu sein, daß eventuell die Verwendung des Naturpflasters zurückgehen würde. Nach dem Kriege werden die Hartgesteine sogar sehr gut beschaffbar sein. Wir brauchen aber vorstehende Meldung, um den Kollegen zu zeigen, wie die technische Wissenschaft bemüht ist, um den Straßenbau zur höchsten Vollkommenheit zu bringen.

Aus dem Heeresdienst entlassene Kollegen nehmen nur bei solchen Unternehmern Arbeit, welche die ordnungsgemäßen Teuerungszulagen bezahlen.

Erhöhung der Teuerungszulagen im Buchdruckgewerbe.

Der bis zum Jahre 1916 gültige und seit dieser Zeit zweimal auf je ein Jahr verlängerte Buchdruckerarif sah in seinen Altersstufen folgende Minimallöhne vor: Bis 21 Jahre 25 M., von 21 bis 24 Jahren 26 M., über 24 Jahre 27,50 M. Mit Einschluß der für die einzelnen Orte je nach ihren Teuerungsverhältnissen entsprechenden abgestuften Lokalzuschläge von 2 1/2 bis 25 Prozent (zur letzteren Kategorie gehören nur Berlin, Hamburg-Altona und Straßburg) erhöhten sich diese Löhne (bei 25 Prozent) wie folgt: Bis 21 Jahre 31,25 M., von 21 bis 24 Jahren 32,50 M., über 24 Jahre 34,38 M.

Daß angesichts der rasenden Verteuerung aller Lebensbedürfnisse mit solchen Löhnen die Existenz der Arbeiterschaft des Berufes nicht mehr ermöglicht werden konnte, mußten selbst die Unternehmer einsehen. Eine Revision des Tarifes erschien aus verschiedenen Gründen angesichts der ungeliebten Verhältnisse während des Krieges nicht angebracht. So behielt man sich denn mit Teuerungszulagen. Nach viermaliger Erhöhung dieser betrug im November 1917 die Gesamterhöhung des Lohnes im Mindestmaß 39,7 Prozent, im Höchstmaß 75,2 Prozent, bei einem Gesamtdurchschnitt von 48 Prozent, oder nach einer vom Tarifamt der Buchdrucker veröffentlichten Statistik der Durchschnittslohn in Orten ohne Lokalzuschlag 37 M., in solchen mit 25 Prozent Lokalzuschlag 61,46 M.

Die im Mai d. J. tagende außerordentliche Generalversammlung des Verbandes betraugte, beim Tarifamt den Antrag auf weitere angemessene Erhöhung der Teuerungszulagen oder, bei seiner Ablehnung, auf Revision des Tarifes zu stellen. Nach dreitägigen, von beiden Seiten hartnäckig geführten und mehrmals zum Abbruch bedrohten Verhandlungen einigte man sich schließlich dahin, ab 1. August d. J. eine weitere Erhöhung der Teuerungszulagen um 10 M. pro Woche und ab 1. Dezember eine weitere Erhöhung einzutreten zu lassen. Diese beträgt für Orte bis 7 1/2 Prozent Lokalzuschlag 8 M., bis 15 Prozent Lokalzuschlag 4 M. und über 15 Prozent Lokalzuschlag 5 M. Ferner tritt eine Erhöhung des Lohnes für Ueberstunden ein, es soll nunmehr nach dem tariflichen Grundlohn plus 50 Prozent Zuschlag und den üblichen Stundenaufschlägen entschädigt werden.

Können diese Erhöhungen auch nicht als voller Ausgleich der verteuerten Lebenshaltung gegen früher bezeichnet werden, so bilden sie doch einen ganz beachtenswerten Erfolg der Organisation.

Korrespondenzen.

Düsseldorf. Im „Volkshaus“ fand am 11. Juli eine mäßig besuchte Versammlung statt. Nachdem der Kassierer den Kassenbericht gegeben, wurde ein Schreiben der Unternehmer aus der Warmorbranche verlesen, worin sie dem Gauleiter erklärten, mit uns über eine Erhöhung der Stundenlöhne und Akkordpreise verhandeln zu wollen. Diese Verhandlungen sollen im Laufe der Woche stattfinden. Sodann wurde der Artikel in Nr. 28 des „Steinarbeiter“ besprochen, worin auf die Leistungen der Kriegsblinden in der Warmorbranche hingewiesen wurde. Die auf diesem Werte beschäftigten Kollegen stellen die guten Resultate in Abrede und erklärten, die Kriegsblinden hätten selbst über den Artikel ihre Bedenken, nachdem man ihnen selbigen vorgelesen hatte. Die Kollegen glauben, die ganze Sache würde bloß gemacht, um den Kriegsblinden später ihre Renten zu kürzen. (?) Es wurde auch Stellung genommen zur Beitragserhöhung. Die Kollegen sind damit einverstanden, wenn dadurch der mögliche Beitrag nicht mehr als 1 Mark beträgt. Wir zahlen jetzt 85 Pf., das sind 15 Pf. Ortszuschlag.

Aumerkung: Der Kriegsblinden-Artikel ging uns vom Verband deutscher Warmorwerke zu, mit der Bitte, denselben zu veröffentlichen. Wir nannten den Einleger ausdrücklich, im Interesse der Kriegsblinden glaubten wir uns für verpflichtet zu halten, der Zuschrift Antwort zu geben. Also, die Kritik muß sich gegen den „Verband deutscher Warmorwerke“ richten, wir hätten uns ja blamiert, wenn wir den Artikel abgelehnt hätten. — Sicherlich können blinde Warmorarbeiter nur für gewöhnliche Arbeiten verwendet werden, etwa zum Schleifen von Platten, bessere Möbelarbeiten werden sie wohl kaum bearbeiten können, geschweige Werklüde. Aber immerhin scheinen die Versuche der Beachtung wert zu sein. Kriegsblinde sind Vollinvaliden und von einer Kürzung ihrer Rente kann gar keine Rede sein.

Kirchhansen. Am 14. Juli fand die Vierteljahressammlung, welche recht flott besucht war, statt. Der Kassierer Alois Kedeis berichtete über die 2. Quartalsabrechnung. Die Richtigkeit wurde von den Revisoren bestätigt. Als Vorsitzender und Kassierer wurde Josef Schneider, als Revisoren Am. Oswald und Jos. Kraus und als Schriftführer Peter Kedeis gewählt. Es wurde beschlossen, betriebs der Erhöhung der Teuerungszulage uns an die Zahlstelle Heppenheim anzuschließen. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen nochmals ermahnte, die Versammlungen zahlreich zu besuchen, wurde dieselbe Versammlung geschlossen.

Rundschau.

Auf unsere Eingabe wegen der Wiedereingliederung der deutschen Zementindustrie teilte uns unter dem 9. Juli das sächsische Finanzministerium folgendes mit:

Dem Zentralverband wird mitgeteilt, daß das Finanzministerium das Gesetz um Zurückbau und Entlassung von Hocharbeitern aus der Zementindustrie zu dem Zwecke der Erzeugung von Bau- und Straßenbaumaterialien vom 27. Juni 1918 beim Kriegsministerium zur Berücksichtigung, soweit dies im militärischen Interesse liegend tunlich sein sollte, befürwortet hat.

Finanzministerium, III. Abteilung.

Im Königreich Sachsen herrscht eine starke Steinindustrie und es haben auch die Arbeiter ein Interesse daran, daß im Sinne unserer Forderung gehandelt wird.

Berlin braucht etwa 15 000 Quadratmeter Pflastersteine. In der Ausschreibung wird schlechtes Material vorgeschrieben. Man endlich befindet sich die Reichshauptstadt, daß es auch in Deutschland gute Granite gibt. Es war einfach beschämend, daß früher die Lieferungen meist nach Schweden gingen, zum Schaden unserer Steinarbeiter. Dann und wann wurde auch eine kleine Lieferung in deutschem Gestein ausgeführt, aber im übrigen gingen die Hauptlieferungen nach dem Norden. Sollte Berlin nach dem Krieg etwa wieder in den alten Ausschreibungsmodus verfallen wollen, dann würden wir rückförslos dagegen aufstehen.

Beitragsreform im Schneiderverband. Infolge der starken Inflation wurde die Beitragsreform durch die den Mitgliedern und Kriegsfamilien gemährten Unterstüßungen verminderte sich das Budget des Schneiderverbandes um zirka 220 000 M. Eine Sanierung der Verbandkasse soll durch eine Beitragsreform vorgenommen werden. Es wird den Mitgliedern daher zur Entscheidung unterbreitet, der Beitrag bei unveränderten Unterstüßungssätzen um 5 Pf. für männliche und 10 Pf. für männliche Mitglieder oder um 10 und 20 Pf. für etwas erhöhter Streikunterstüßung gesteigert werden soll. Die Weitemnahme würde nach diesen Vorschlägen 65 000 bzw. 130 000 M. betragen. Zunächst haben die Mitglieder über die Grundfragen zu entscheiden; ob später die Beitragsreform einer Urabstimmung oder einer Generalversammlung unterbreitet wird, ist noch unentschieden.

Beitragsreform im Leptierverband. An der Urabstimmung über die Erhöhung der Beitrags- und Unterstüßungssätze beteiligten sich von 2636 Mitgliedern reichlich die Hälfte. Es stimmten für die Erhöhungen 1324, dagegen 333 Mitglieder. Von den zum Heeresdienst eingezogenen Mitgliedern sandten 189 Stimmzettel ein, davon lauteten 4 gegen die Reform. Die neuen Bestimmungen traten am 1. Juli in Kraft.

Anschluß der Wiener Pflasterer an die Steinarbeiter. Zwischen den Steinfachern und Steinarbeitern in Oesterreich bestand schon seit Jahren ein gutes Verhältnis, das nach außen durch das gemeinsame Verbandsorgan zum Ausdruck kam. Nun haben die Pflasterer an ihrem am 7. d. M. abgehaltenen Verbandstag einhellig den Anschluß an den Verband der Steinarbeiter beschlossen; der Verband der Pflasterer wird als selbständige Organisation aufgelöst und eine Gruppe der weitgehender Selbständigkeit der Steinarbeiter bilden. Obgleich die Vorarbeiten für den Anschluß schon recht weit gediehen waren, beschränkten sich auf dem Verbandstag doch noch einige Bedenken in der Richtung geltend, daß darunter die Eigenheiten der Pflasterer leiden könnten. Doch diese Bedenken wurden zerstreut und es stand am dem formellen Anschluß und der Auflösung des Verbandes der Pflasterer nichts mehr im Wege. Es ist zu wünschen, daß die Pflasterer das, was sie allein nicht zuwege bringen konnten, mit Hilfe der Steinarbeiter erreichen. Ist dies der Fall, dann dürften die Pflasterer den Schritt des Anschlusses nie zu bedauern, wohl aber als eine kluge gewerkschaftliche Tat zu werten haben, die ihnen in erster Linie zugute kommen wird.

Briefkasten.

Streßen und Sträß. Wir haben brieflich alles mitgeteilt. Abhilfe danach handeln. — Buch in der Ukraine. Hat uns sehr interessiert, müssen aber von einem Abdruck absehen. Die Zensur wird strengen und so verzögert wir auf eine Veröffentlichung. B. Gru. — Dittersbach. Wurde postwendend eingeleitet. Hoffentlich ist der Nachfolger entgegenkommender als wie der Vorbesitzer. — A. Aber warum denn die „Klugheit“ so rausstrecken? — H. Weiter konnte wir nicht durchbringen. Wir gehen eben in einigen Wochen wieder nach S. in B. Werden gelegentlich davon Gebrauch machen. Alles in seiner Zeit. —

Quittung.

Vom 1.—15. Juli gingen bei der Hauptkasse folgende Gelder ein: Bensheim 69,02; Chenstetten 41,98; Häslich 300.—; Homberg 11,20; Müdingen 9,30; Pöfen 19,60; Weller 6.—; Bernburg 100.—; Breslau 85,68; Göttingen 85,68; Gebweiler 4,40; Hannover 235,90; Hamburg 475,66; Heigenbrüden 26,73; Neustadt a. S. 16,12; Odenburg 54,90; Reiffenhäuser 31,70; Wolfshagen 86,84; Hermsdorf 7.—; Duisburg 44,10; Rütten 9,10; Hausberg Inf. 12.—; Freiburg 49,20; Ramenz 150,78; Kreuznach 29,40; Rottorf 874,75; Steinhilber 106,90; Rothenburg a. T. 7,80; Dieß 9,00; Bögabühl 9.—; Emmendingen Inf. 19,50; Kirchberg Inf. 10,50; Leipzig Inf. 3.—; Oppach 5.—; Ruhland 12.—; Salzweil 10.—; Schönau 4.—; Cospitz 232,50; Chemnitz 48,34; Gera 23,90; Landsberg 54,24; Cassel 5,44; Danzig 20,20; Gienack 31,76; Eberdorf 12,04; Essen 85,40; Ederdshausen 24,90; Halle 87,40; Krimbich 122,30; Kiel 21.—; Meißner II 52,97; Müllersberg 19,12; Osterode 60,28; Sandersader 48,68; Stuttgart 40,20; Thuring 19,52; Breitenau 4,90; Meßlen Inf. 9,45; Biebersdorf 10,50; Würzburg 42,96; Deutmannsdorf 30,80; Einbeck 30,52; Heppenheim 94,70; Langenlaha 55,86; Lindeburg 22,20; Wramheim 45,60; Wüchen 416,45; Krimbich 60,28; Ruhmannsfelden 15,40; Süplingen 6,80; Steinhilber Inf. 7.—; Müdingen Inf. 7.—; Gr.-Kunzendorf 20.—; Weßel 908,73; Weim 124,38; Eidershausen 51,26; Häslich 185,16; Langenlaha 32,24; Mayen 300.—; Marktbreit 48,86; Steinach 191,66; Weimingen 2,80.

H. Wallther, z. St. Kassierer.

Anzeigen.

Bei Arbeitsangeboten dürfen wir Hinweise über Arbeitszeit, Lohn und eventuelle Verpflegung nicht bringen. Dieses den Herren Inserenten zur Kenntnisnahme.

Tüchtiger Schrifthauer (militärisch) auf Granit und Marmor sucht dauernde Stellung. Ein selbständiger Arbeiter. Off. erbeten unt. N. 93 an die Exped. d. Blatte.

Steinmengen

in s. s. und deutschem Granit stellen sofort ein.

Steffner & Bruhn, Granitwerke, Lübeck

Tüchtige Granitsteinmengen sucht

H. Wenler, Hirschberg i. Schl.

Steinmengen

in grauen Granit, s. s. Granit, Sandstein und Muschelkalk gespitzte und gestockte Arbeiten stellt ein

B. Merkel, Siegnitz in Schlesien Fabrik für Grabdenkmäler.

1 Granit-Steinmetz 1 Sandstein-Steinmetz stellt ein. Arbeit dauernd.

O. Borwig, Steinhilber.

Verantwortlicher Redakteur: Alois Staudinger, Verlag Paul Starke, beide in Leipzig. Notationsdruck der „Freien Presse“ Leipzig, Königsstraße 5.